

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

Sprecherinnengremium

Roswitha Bocklage
Stadt Wuppertal
Leiterin der Gleichstellungsstelle
für Frau und Mann
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel 0 20 2 – 5 63 53 70
Fax 0 20 2 – 5 63 84 91
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de

Dörthe Domzig
Stadt Heidelberg
Leiterin des Amtes für Chancengleichheit
Bergheimer Straße 69
69115 Heidelberg
Tel 0 62 21 – 58 15 500
Fax 0 62 21 – 58 49 160
chancengleichheit@heidelberg.de

Heidrun Dräger
Landkreis Ludwigslust
Beauftragte für Gleichstellung
Und Migration
Garnisonsstraße 1
19288 Ludwigslust
Tel 0 38 74 - 6 24 19 61
Fax 0 38 74 – 6 24 39 19 61
h.draeger@ludwigslust.de

Ida Hiller
Stadt Nürnberg
Frauenbeauftragte
Fünferplatz 1
90403 Nürnberg
Tel 09 11 – 231 41 84
Fax 09 11 – 231 50 95
ida.hiller@stadt.nuernberg.de

Dr. Hiltrud Höreth
Stadt Aschaffenburg
Leiterin der Gleichstellungsstelle
Dalbergstraße 15
63739 Aschaffenburg
Tel 060 21 – 33 0 14 18
Fax 060 21 – 33 07 20
hiltrud.hoereth@aschaffenburg.de

Carmen Munoz-Berz
Stadt Waldbröl
Gleichstellungsbeauftragte
Theodor-Storm-Strasse 6
51545 Waldbröl
Tel 022 91 – 90 81 15
Fax 022 91 – 90 81 55
carmen.munoz-berz@waldbroel.de

Margareta Seibert
Stadt Hessisch Oldendorf
Gleichstellungsbeauftragte
Marktplatz 13
31840 Hessisch Oldendorf
Tel 0 51 52 – 78 21 70
Fax 0 51 52 - 78 23 02
mseibert@stadt-hessisch-oldendorf.de

Berlin, den 16.6.2011

Presseinformation

Gleichstellungsbericht: Steilvorlage bleibt ungenutzt

Zur heute beginnenden 21. Frauen- und Gleichstellungsminister-Innenkonferenz der Länder (GFMK) in Plön und dem gestern vom Bundeskabinett beschlossenen Ersten Gleichstellungsbericht erklären Ida Hiller und Roswitha Bocklage, Bundessprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG):

Ein Meilenstein, als den der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfrauenministerium, Hermann Kues, den Ersten Gleichstellungsbericht bezeichnet hat, sieht anders aus: Ein Gutachten allein auf dem Papier macht noch keinen gleichstellungspolitischen Sommer.

Die Sachverständigenkommission hat der Bundesregierung mit ihrem Gutachten eine Steilvorlage geboten. Doch wie aus der Stellungnahme des Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) hervorgeht, wird die Regierung die zentrale Empfehlungen der Kommission bis auf Weiteres nicht umsetzen: Umwandlung des Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung, Abschaffung von Minijobs und Einführung einer Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, gesetzliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte - keine der Empfehlungen hat die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Gutachten konkret aufgegriffen. Stattdessen kündigt die Regierung an, den im Koalitionsvertrag vereinbarten „Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs“ zu nutzen, um den Handlungsbedarf im Sozial-, Steuer- und Zivilrecht zu identifizieren. Genau das aber hat die Kommission mehr als zwei Jahre lang getan.

In der Stellungnahme positiv hervorzuheben sind die angekündigte Zeitbudgetstudie, die geplante geschlechtsspezifische Gesundheitsberichterstattung, die stärkere Berücksichtigung von MigrantInnen beim nächsten Gleichstellungsbericht und das Ziel, gegen starre Rollenmuster zu arbeiten. Dennoch bleibt die Bundesregierung in weiten Teilen bei einem „Weiter so!“. Das ist ein Schlag ins Gesicht für die Frauen und Männer in Deutschland, die nach Bekanntwerden der Kommissionsempfehlungen Anfang des Jahres auf einen Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik hoffen konnten.

Die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsstellen erwarten von der GFMK, dass sie die Empfehlungen der Sachverständigenkommission anders als die Bundesregierung ernst nimmt und diese zu einem Kurswechsel in der Gleichstellungspolitik auffordert.

Die JustizministerInnen der Länder haben im Mai eine klare Position bezogen, indem sie sich zur bundesgesetzlich geregelten Geschlechterquote für Führungspositionen in der Wirtschaft bekannt und damit gegen eine freiwillige Lösung positioniert haben. Diesen Mut erwartet die BAG in den nächsten Tagen auch von den Gleichstellungs- und FrauenministerInnen der Länder.

Die BAG hat mit Unterstützung des Bundesfrauenministeriums am 24. und 25. Februar eine Konferenz zum Ersten Gleichstellungsbericht in Berlin durchgeführt. Die rund 120 kommunalen Frauenbeauftragten haben hier die Kernaussage der Sachverständigenkommission bekräftigt: Eine zukunftsfähige Gleichstellungspolitik braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept, das nicht länger bestehende Widersprüche manifestiert. Doch davon ist die Bundesregierung noch meilenweit entfernt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) ist das Netzwerk der hauptamtlichen kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Für weitere Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Ida Hiller
BAG-Sprecherin und
Frauenbeauftragte
Stadt Nürnberg

Roswitha Bocklage
BAG-Sprecherin und
Gleichstellungsbeauftragte
Stadt Wuppertal